

# Initiative hat schlechte Chancen

Der Thurgau will Sprachförderung für Kinder nicht in jedem Fall bezahlen. In Bundesbern kommt das nicht gut an.

Adrian Vögele aus Bern

Wenn fremdsprachige Kinder beim Eintritt in den Kindergarten kaum Deutsch können, sollen die Eltern den Sprachunterricht selber bezahlen müssen: Mit dieser Forderung machte der Kanton Thurgau im Februar national Schlagzeilen – denn der Volksschulunterricht in der Schweiz ist unentgeltlich, so steht es in der Bundesverfassung. Um just diesen Verfassungsartikel zu ändern, verabschiedete der Thurgauer Grosse Rat eine Ständesinitiative. Heute Dienstag behandelt der Ständerat den Vorstoss.

Die Initiative zielt auf Familien, die schon länger in der Schweiz leben. Die Eltern sollen Kosten übernehmen, die durch «mangelnde Integrationsbemühungen» entstehen, wie es im Vorstoss heisst – eben wenn die Kinder Sprachunterricht brauchen oder bei Elterngesprächen Übersetzungsdienste nötig sind. Mit der Initiative versucht das Kantonsparlament, auf politischem Weg eine Praxis zu ermöglichen, die von der Justiz bereits verboten wurde: Noch vor wenigen Jahren konnten die Schulgemeinden Eltern dazu bewegen, «ihre Kinder in die Sprachspielgruppen vor dem Kindergarteneintritt zu schicken, indem sie androhten, für allfälligen Deutschunterricht Kosten zu erheben, wenn von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht wird», heisst es im Vorstoss. «Dieses Vorgehen hatte grossen Erfolg, sodass mehr Kinder gut vorbereitet in den Kindergarten eingetreten sind.»

Dennoch gab es Beschwerden – und das Bundesgericht entschied Ende 2017, die entsprechende Regelung im Thurgauer Volksschulgesetz verstosse gegen die Bundesverfassung. Daher, so die Ansicht einer bürgerlichen Mehrheit im Grossen



Die Bundesverfassung schreibt vor, dass die Volksschule gratis ist. Eine Thurgauer Initiative will den Artikel ändern. Bild: Christian Beutler/KEY

Rat, müsse nun die Verfassung «schnellstmöglich» korrigiert werden. Der Entscheid im Februar fiel mit 77 zu 30 Stimmen. Die SP enthielt sich, die Grünen und die Mehrheit der FDP waren dagegen.

## Kommission ist gegen Kostenbeteiligung

Die Kantonsregierung unterstützt die Initiative allerdings nicht – der Weg über die Verfassung werde Jahre dauern, und es sei wahrscheinlich, dass Volk und Stände die Änderung am Ende ablehnen würden. Dass der Volksschulunterricht gratis

sei, stehe überdies auch in der Thurgauer Kantonsverfassung und in UNO-Abkommen, welche die Schweiz unterzeichnet habe. Werde der Artikel in der Bundesverfassung geändert, drohe eine Verurteilung der Schweiz vor einem internationalen Gericht.

Auch in Bundesbern kommt die Thurgauer Initiative nicht gut an. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Ständerats beantragt die Ablehnung. Die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts sei ein hohes Gut, sie stehe nicht zur Diskussion. Die

Kommission bezweifelt überdies, dass sich Sanktionsandrohung positiv auf den Lernerfolg der Kinder auswirken.

## Basler Modell soll ausgeweitet werden

Der Ständerat wird voraussichtlich der Kommission folgen und die Initiative ablehnen. Bessere Chancen hat eine Motion zum selben Thema, die gleichzeitig in der kleinen Kammer diskutiert wird: Sie stammt von Nationalrat Christoph Eymann (FDP/BS) und fordert den Bundesrat auf, zu prüfen, «wie die frühe Sprachförderung vor Eintritt in

den Kindergarten mithilfe des Bundes im ganzen Land umgesetzt werden kann». Eymann warb für das Modell des Kantons Basel-Stadt: Ein halbes Jahr vor Kindergarteneintritt gehen diejenigen Kinder, die nicht gut Deutsch können, in eine Sprachspielgruppe, die Kosten trägt der Staat. Mit finanzieller Unterstützung aus Bern soll dieses Modell auf das ganze Land ausgeweitet werden. Der Nationalrat stimmte der Motion zu – allerdings nicht ohne Widerstand aus dem Thurgau: Verena Herzog (SVP) kritisierte, damit greife man in die Hoheit der Kantone ein.

## Caroni wehrt sich bei Pfister gegen CVP-Kampagne

**Wahlkampf** Mit einer Online-Werbekampagne will die CVP Schweiz die Wähler davon überzeugen, dass sie besser ist als die Konkurrenz (Ausgabe vom Samstag). Dass dabei die Kandidatinnen und Kandidaten der anderen Parteien einzeln mit Namen genannt und kritisiert werden, hat in den vergangenen Tagen viel Staub aufgewirbelt. Besonders irritierend wirkt die Kampagne in jenen Kantonen, in denen die CVP gemeinsam mit anderen Parteien um Wählerstimmen kämpft. Dazu gehört Appenzell Auser Rhoden: FDP-Ständerat Andrea Caroni wird von praktisch allen Kantonalparteien unterstützt, so auch von der CVP – und zwar offiziell. «Ich habe sogar das Logo der CVP auf dem Wahlzettel», sagt der 39-Jährige. Dass auch er in der nationalen Negativ-Kampagne der CVP vorkam, sei darum «etwas bizarr». Caroni intervenierte bei Parteipräsident Gerhard Pfister und verlangte die Löschung seines Profils in der Kampagne. Pfister antwortete innert Kürze: Die Löschung werde veranlasst, mittlerweile ist sie geschehen. «Damit ist die Sache für mich erledigt», sagt Caroni. Das Beispiel zeige, dass nationale Wahlkampagnen ihre Tücken hätten – es sei schwierig, sie so zu gestalten, dass sie für alle 26 Kantone passen. Viel Kritik an der CVP-Kampagne gab es unter anderem in Luzern, wo Damian Müller (FDP) und Andrea Gmür (CVP) den Ständeratswahlkampf gemeinsam bestreiten. (av)



Andrea Caroni, Auser Rhoder FDP-Ständerat. Bild: KEY

# Scientology darf weiter in St. Gallen werben

Nach Kritik an der Sekte: Die Stadt schliesst in einem Schreiben an Sektengegner eine Beschränkung der Standaktionen aus.

Die Scientology wird am Samstag gleich mit zwei Ständen in der St. Galler Innenstadt werben. Einmal mit offenem Visier als Scientology und einmal mit geschlossenem als CCHR. Der Verein, der sich nach eigenen Angaben gegen die Verstösse der Menschenrechte durch die Psychiatrie einsetzt, gilt unter Experten als sogenannte Frontorganisation der Scientology. Immer wieder werben solche scientologynahen Vereine in Schweizer Städten, so auch in St. Gallen.

Und immer wieder stellen sich Aktivisten mit Schildern vor die Stände der Frontorganisationen. So auch in St. Gallen (Ausgabe vom 30. August 2019). Die freien Anti-SC-Aktivisten, wie sich die Scientology-Gegner nennen, bestehen im Kern aus Yolanda Sandoval und ihrem

Ehemann Beat Künzi. Sie haben bei der Stadt eine Anfrage deponiert. Der Kern des Schreibens: Warum darf die Scientology in St. Gallen so viele Standaktionen durchführen? 23-mal tritt die Sekte bis Ende Jahr offen, weitere siebenmal verdeckt als Tarnorganisation auf. Die Aktivisten vergleichen die Bewilligungspraxis mit anderen Ostschweizer Gemeinden: «Scientology darf in der Stadt Wil nur viermal auftreten. In Wattwil wurde aufgrund unserer Intervention sogar ein Standverbot ausgesprochen», heisst es im Schreiben der Aktivisten. «Wieso ist St. Gallen so grosszügig?», fragt Sandoval.

## Stände als Grundrecht

Die Stadt St. Gallen beruft sich in ihrem Antwortschreiben an

die Aktivisten auf die Grundrechte, die durch die Verfassung garantiert werden. Standbetreiber könnten nur dann eingeschränkt werden, wenn dadurch andere Organisationen geschmälert würden. «Eine Be-



Scientology wirbt mit einem Stand in der St. Galler Altstadt.

Bild: Reto Voneschen

schränkung der Anzahl Standaktionen auf vier pro Jahr aus ideologischen Gründen ist nicht zulässig», schreibt die Stadt. Dies gelte entgegen gegenteiliger Behauptungen für alle Schweizer Gemeinden. In Wil

kennt man denn auch keine Kontingente für Stände der Scientology. Generell gilt in Wil aber: Dem gleichen Standbetreiber erteilt die Stadt pro Jahr nur vier Bewilligungen. In Wattwil ist der Umgang mit der Scientology gemäss der Gemeinde nicht genau reglementiert. Erst einmal hat die Scientology in der Toggenburger Gemeinde einen Stand betrieben.

Ein weiterer Punkt in Sandovals Schreiben betrifft den Verkauf von Büchern an Scientology-Ständen in St. Gallen. Scientology sei in der Schweiz als Kirche anerkannt, solange sie nicht kommerziell auftritt, schreibt Sandoval in ihrem Brief an die Stadt. «Mit dem Verkauf von diversen Büchern an allen Ständen trete sie jedoch kommerziell auf. Oder liegen wir mit dieser Behauptung falsch?»,

heisst es in Sandovals Schreiben. Die Stadt entgegnet: «Der Bücherverkauf ist gemäss Auflagen der Stadtpolizei bereits verboten.» Regelmässige Kontrollen der Stadtpolizei hätten bestätigt, dass keine Bücher verkauft würden.

## Die Aktivisten suchen den politischen Weg

Sandoval ist enttäuscht über die Antwort der Stadt – und gibt sich kämpferisch: «Wir versuchen, auf der politischen Ebene eine Reglementierung zu erreichen. Eine gesamtschweizerische Limitierung wäre ein Lösungsansatz.» Nächste Schritte sind in Planung. Wie diese konkret aussehen, möchten die Anti-SC-Aktivisten derzeit aber noch nicht verraten.

David Grob